

WAZ

v. 03.12.11

Städte überrascht von Castor-Transporten

Mangelhafte Informationspolitik werfen einige den Verantwortlichen vor. Mitspracherecht haben die Städte ohnehin nicht

Melanie Bergs
Angelika Wölke

Essen. Kaum ist bekannt, dass 2012 insgesamt 152 Castoren von Jülich nach Ahaus rollen sollen, regt sich Widerstand. Die Städte, die an den möglichen Transportstrecken liegen, sind überrascht von der Nachricht. Selbst die Bezirksregierungen sind bisher ahnungslos. Einige beklagen mangelhafte Informationen.

In Gladbeck etwa hat man keinerlei Verständnis für das Vorhaben. Stadtspresesprecher Peter Breßer-Barnebeck fühlt sich an 1998 erinnert, als bereits heimlich Castoren durch die Stadt im Kreis Reck-

linghausen rollten. „Die Menschen waren irritiert, weil Züge urplötzlich von Hubschraubern begleitet wurden“, erzählt er. Damals, genau wie heute, wurde im Rathaus niemand informiert. „Es gibt wenig Bereitschaft seitens des verantwortlichen Ministe-



Radioaktive Abfälle in Jülich.

Foto: Matthias Graben

riums, uns zu beteiligen“, resümiert er. „Was wir genau machen können, werden wir uns in den nächsten Wochen überlegen müssen“, kündigt er an.

Castor-Transporte sind heikel, deswegen wird ihre Strecke immer möglichst lange geheim gehalten. Laut Burghard Rosen, Sprecher der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) in Essen, die den Castor-Transport organisiert, gibt es allerdings auch noch kein Konzept für den Transport der 152 Behälter, die bis Ende Juni 2013 von Jülich nach Ahaus rollen sollen. Die Entscheidung darüber ist erst am Mittwoch gefallen, die Zustimmung des Bundesamtes für

Strahlenschutz steht noch aus.

Aber der Ärger artikuliert sich bereits: „Wir sind als Stadt alles andere als begeistert, dass die Castortransporte durch unsere Region führen sollen, haben aber leider keine rechtliche Handhabe dagegen“, klagt der Bürgermeister von Lünen, Hans Wilhelm Stodolick. Die Ausschreitungen beim Castortransport in der vergangenen Woche hätten gezeigt, dass Konfrontationen an den Transportwegen programmiert seien.

Auch Oberhausen, das etwa den geografischen Mittelpunkt zwischen Jülich und Ahaus bildet, moniert: Grundsätzlich sei es nicht sinnvoll,

Atommüll ausgerechnet durch das Ruhrgebiet, die am dichtesten besiedelte Region Deutschlands, zu transportieren. „Wir müssen mit einem immensen Proteststurm der Bevölkerung rechnen“, so Pressesprecher Martin Berger.

Doch auch er sagt, stellvertretend für die meisten betroffenen Kommunen: „Wir halten jetzt erstmal den Ball flach und warten, was da auf uns zukommt.“ Denn, wie die Sprecherin der Bezirksregierung Köln, Christina Köntje, betont: „Das ist eine Nummer zu groß für uns.“ Gegen eine Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz könne man nichts ausrichten.